

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

## Ausgabe A

**31. Jahrgang** Ausgegeben zu Düsseldorf am 21. November 1978 **Nummer 123**

Inhalt

I

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.**

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
1110	8. 11. 1978	Bek. d. Landesregierung Europawahlen; Ernennung des Landeswahlleiters und seines Stellvertreters . . . . .	1816
203011	23. 10. 1978	RdErl. d. Innenministers Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Landkartentechnikerlehrlinge im Lande Nordrhein-Westfalen .	1816
203236	23. 10. 1978	RdErl. d. Finanzministers Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten . . . . .	1816
2160	27. 10. 1978	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe; Kolping-Bildungswerk, Diözesanverband Essen e. V. . . . .	1816
2184	2. 11. 1978	RdErl. d. Innenministers Verwaltungsvorschrift zum Sammlungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen - VV. SG. NW. - . . . . .	1816
2370	31. 10. 1978	RdErl. d. Innenministers Bestimmungen über die Förderung des steuerbegünstigten Wohnungsbaues mit Aufwendungsdarlehen	1817
6300	30. 10. 1978	RdErl. d. Innenministers Gewährung von Zuweisungen an Gemeinden (GV); Beteiligung der Kommunalaufsicht . . . . .	1817
78141	4. 10. 1978	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Beurkundungen und öffentliche Beglaubigungen bei der Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der ländlichen Siedlung . . . . .	1817
782 2978	26. 10. 1978	RdErl. d. Innenministers Flächenerhebung nach dem Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung . . . . .	1818
7901	12. 7. 1978	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Vorschrift über die jährliche Wirtschaftsplanung in den staatlichen Forstbetrieben des Landes Nordrhein-Westfalen (WiPla 65) . . . . .	1818
79010	30. 10. 1978	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Wegstreckenpauschvergütung für Forstbeamte der unteren Forstbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen . . . . .	1827

JL.

**Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes  
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL NW.) aufgenommen werden.**

Datum		Seite
	<b>Finanzminister</b>	
13. 11. 1978	RdErl. - Abschlagszahlung auf die zu erwartende allgemeine Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge, Erhöhung des Kindergeldes . . . . .	1829
	<b>Personalveränderungen</b>	
	Ministerpräsident . . . . .	1827
	Innenminister . . . . .	1827
	Finanzminister . . . . .	1827

**I.****1110**

**Europawahlen  
Ernennung des Landeswahlleiters  
und seines Stellvertreters**

Bek. d. Landesregierung v. 8. 11. 1978

Die Landesregierung hat auf Grund der §§ 4 und 5 des Europawahlgesetzes vom 16. Juni 1978 (BGBl. I S. 709) in Verbindung mit § 9 Abs. 1 des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325) für die Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

den Ministerialdirigenten im Innenministerium, Herrn Dr. Walter Gensor, zum Landeswahlleiter und den Leitenden Ministerialrat im Innenministerium, Herrn Heinz Elkemann, zum Stellvertreter des Landeswahlleiters

auf unbestimmte Zeit ernannt.

– MBl. NW. 1978 S. 1816.

Grund einer mit dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger getroffenen Vereinbarung braucht in diesen Fällen ausnahmsweise keine Aufschubbescheinigung erteilt zu werden. Die Bescheinigung ist aber zu erteilen, wenn der beurlaubte Beamte dies fordert.

– MBl. NW. 1978 S. 1816.

**2160**

**Öffentliche Anerkennung  
als Träger der freien Jugendhilfe  
Kolping-Bildungswerk, Diözesanverband Essen e. V.**

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 27. 10. 1978 – IV B 2 – 6113/E

Als Träger der freien Jugendhilfe wurde nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1977 (BGBl. I S. 633), i. V. mit § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt – AG-JWG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1978 (GV. NW. S. 290/SGV. NW. 216), öffentlich anerkannt:

Kolping-Bildungswerk, Diözesanverband Essen e. V.  
Sitz Essen  
(am 27. 10. 1978)

– MBl. NW. 1978 S. 1816.

**203011**

**Ausbildungs- und Prüfungsordnung  
für Landkartentechnikerlehrlinge  
im Lande Nordrhein-Westfalen**

RdErl. d. Innenministers v. 23. 10. 1978 –  
I D 1 – 2225

Der RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 20. 9. 1963 (SMBL. NW. 203011) wird hiermit aufgehoben.

– MBl. NW. 1978 S. 1816.

**2184**

**Verwaltungsvorschrift  
zum Sammlungsgesetz für das Land  
Nordrhein-Westfalen**

– VV. SG. NW. –

RdErl. d. Innenministers v. 2. 11. 1978 –  
I C 1 / 24.10.10

Am 1. Januar 1979 tritt das Erste Gesetz zur Funktionalreform (1. FRG) vom 11. Juli 1978 (GV. NW. S. 290) in Kraft, durch dessen Artikel 11 der § 11 Abs. 1 des Sammlungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juni 1972 (GV. NW. S. 174/SGV. NW. 2184) geändert wird. Es sind danach künftig auch die örtlichen Ordnungsbehörden zuständig für die auf ihren Bezirk beschränkten Sammlungen. Altmaterialsammlungen können künftig entweder als „Orts-“ oder auch wie bisher als „Kreissammlungen“ veranstaltet werden.

Mein RdErl. v. 13. 8. 1962 (SMBL. NW. 2184) wird daher wie folgt geändert:

1. Nummer 2.42 erhält folgende Fassung:

Alle Erlaubnisbehörden haben darauf zu achten, daß sich von ihren Aufsichtsbehörden erlaubte Sammlungen auf ihren Bezirk auswirken können (vgl. Nr. 11.1). Selbstverständlich dürfen Sammlungen in den Orten erlaubt werden, in denen Sammlungsträger von ihrer auf Landes-, Regierungsbezirks- oder Kreisebene erteilten Sammlungserlaubnis keinen Gebrauch machen. Diese Veranstalter sind verpflichtet, auf Anfrage den Erlaubnisbehörden hierüber rechtzeitig Auskunft zu geben.

2. Nummer 11.2 erhält folgende Fassung:

Die Möglichkeit „Orts-, Kreis-“ oder „Bezirkssammlungen“ bei den Erlaubnisbehörden zu beantragen, darf nicht dazu missbraucht werden, Sammlungen, die über diese Bereiche hinausgehen, durch Zerlegen in Teilsammlungen der zuständigen Erlaubnisbehörde zu entziehen. Liegen Anhaltspunkte für ein solches Verhalten vor, ist den möglicherweise zuständigen Behörden vor der Entscheidung zu berichten. Es liegt kein Zerlegen in Teilsammlungen vor, wenn eine Einzelperson in einzelnen Orten des Landes, eines Regierungsbezirks oder Kreises nach und nach jeweils zu verschiedenen Zeiten sammeln will; in Zweifelsfällen ist zu berichten. Altmaterialsammlungen sind ausnahmslos nur „Orts-“ oder „Kreissammlungen“.

**203236**

**Nachversicherung  
in der gesetzlichen Rentenversicherung  
der Arbeiter und der Angestellten**

RdErl. d. Finanzministers v. 23. 10. 1978 –  
B 6028 – 1 – IV 1

In Abschnitt I (7) Absatz 5 meines RdErl. v. 1. 6. 1957 (SMBL. NW. 203236) habe ich darauf hingewiesen, daß ein Beamter, der gemäß § 9 Abs. 1 des Arbeitsplatzschutzgesetzes zur Ableistung des Grundwehrdienstes ohne Dienstbezüge beurlaubt ist, mit der Beurlaubung aus der versicherungsfreien Beschäftigung im Sinne der sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften ausscheidet. Weil eine solche Beurlaubung aber eine nur vorübergehende Unterbrechung der versicherungsfreien Beschäftigung sei, müsse von der zuständigen Behörde über den Aufschub der Nachentrichtung der Versicherungsbeiträge entschieden und eine Aufschubbescheinigung erteilt werden.

Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger hat sich damit einverstanden erklärt, daß in diesen Fällen zur Verwaltungsvereinfachung von der Erteilung einer Aufschubbescheinigung abgesehen wird. Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte hat mir mit Schreiben vom 11. 9. 1978 mitgeteilt, sie folge dieser Auffassung und lasse es zu, daß für zur Ableistung des Grundwehrdienstes beurlaubte Beamte keine Aufschubbescheinigungen mehr erteilt werden.

Ich bitte deshalb, Aufschubbescheinigungen in diesen Fällen nur noch zu erteilen, wenn der beurlaubte Beamte die Bescheinigung ausdrücklich fordert.

Abschnitt I (7) Absatz 5 Satz 3 meines RdErl. v. 1. 6. 1957 (SMBL. NW. 203236) wird durch folgende Sätze 3 bis 5 ersetzt:

Da der Nachversicherungsfall dem Grunde nach im Zeitpunkt der Beurlaubung eingetreten ist, muß die zuständige Behörde über den Aufschub der Nachentrichtung der Versicherungsbeiträge entscheiden. Auf

3. In Nummer 11.3 werden die Wörter „Kreise und kreisfreien Städte“ durch das Wort „Erlaubnisbehörden“ und das Wort „Kreisordnungsbehörden“ durch das Wort „Ordnungsbehörden“ ersetzt.

– MBl. NW. 1978 S. 1816.

2370

**Bestimmungen über die Förderung des steuerbegünstigten Wohnungsbaues mit Aufwendungsdarlehen**

RdErl. d. Innenministers v. 31. 10. 1978 –  
VI A 3 – 4.043 – 1411/78

Der RdErl. v. 13. 4. 1978 (MBl. NW. S. 558/SMBL. NW. 2370) wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1.1 erhält folgende neue Fassung:

1.1 Das Land Nordrhein-Westfalen fördert gemäß § 88 II. WoBauG den steuerbegünstigten Wohnungsbau und den Ersterwerb von steuerbegünstigten Familienheimen und eigengenutzten Eigentumswohnungen für Begünstigte nach § 88a Abs. 1 Buchst. b) II. WoBauG mit Aufwendungsdarlehen aus nicht-öffentlichen Mitteln i.S. des § 6 Abs. 2 II. WoBauG unter finanzieller Beteiligung des Bundes.

2. In Nummer 4.1.1 wird Buchst. b) wie folgt geändert:

b) kinderreich sind und zum Personenkreis des § 88a Abs. 1 Buchst. b) II. WoBauG i. V. mit Nummer 2 Abs. 1 WFB 1978 gehören.

3. In Nummer 4.1.2 wird Buchst. a) wie folgt geändert:

a) für Eigentumsmaßnahmen von sonstigen Antragstellern, die zum Personenkreis des § 88a Abs. 1 Buchst. b) II. WoBauG i. V. mit Nummer 2 Abs. 1 WFB 1978 gehören, und

4. Nach Nummer 11.2 wird eine neue Nummer 11.3 eingefügt:

11.3 Bei der Berechnung der Einkommensgrenze gemäß Nummern 4.1.1 Buchst. b) und 4.1.2 Buchst. a) kann eine unwesentliche Überschreitung von bis zu 5 vom Hundert gemäß Nummer 2 Abs. 2 WFB 1978 nur noch zugelassen werden für die Anträge, die bis zum 31. 3. 1979 bei den Bewilligungsbehörden oder Antragsannahmestellen eingegangen sind.

5. Die frühere Nummer 11.3 wird Nummer 11.4

– MBl. NW. 1978 S. 1817.

6300

**Gewährung von Zuweisungen an Gemeinden (GV)  
Beteiligung der Kommunalaufsicht**

RdErl. d. Innenministers v. 30. 10. 1978 –  
III B 3 – 6/015 – 10.044/78

Soweit das Land innerhalb oder außerhalb des Finanzausgleichsgesetzes zweckgebundene Finanzzuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände gewährt, stellen die zuständigen Minister im Einvernehmen mit dem Innenminister gem. § 2 Abs. 5 FAG 1978 sicher, daß bei der Bewilligung dieser Zuweisungen auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften und ihre Beteiligung am Finanz- und Lastenausgleich berücksichtigt werden.

Ich bitte daher, bei der Bewilligung von zweckgebundenen Zuweisungen die für die Kommunalaufsicht zuständigen Behörden wie folgt zu beteiligen:

**1 Investitionszuweisungen (Gruppe 8)**

**1.1 Ausgleichsstockgemeinden**

Bei der Gewährung von Zuweisungen zu Investitionen von Ausgleichsstockgemeinden ist die Kommunalaufsicht – unabhängig von der Höhe des Zuwendungsbetrages – in jedem einzelnen Falle zu beteiligen.

Ausgenommen hiervon sind die Fälle, in denen die Förderung nach Art und Umfang vorab mit dem Innenminister abgestimmt ist (z. B. zweckgebundene Straßenbauzuweisungen).

**1.2 Übrige Gemeinden (GV)**

Bei den Gemeinden (GV) mit in der Regel ausgeglichenem Haushalt bedarf es einer Beteiligung der Kommunalaufsicht bei Investitionszuweisungen nur in den Fällen, in denen die Zuweisung mehr als 50 000 DM beträgt. Nr. 1.1 Satz 2 gilt entsprechend.

**2 Zuweisungen zu Betriebs-, Personal- u. ä. Kosten (Gruppe 6)**

**2.1 Ausgleichsstockgemeinden**

2.11 Gewährung aufgrund eines gesetzlichen Anspruchs  
In den Fällen, in denen Ausgleichsstockgemeinden einen nach Art und Höhe bestimmten gesetzlichen Anspruch auf die Gewährung von Zuweisungen haben, wird auf die Einschaltung der Kommunalaufsicht verzichtet.

**2.12 Gewährung aufgrund spezieller Förderungsrichtlinien**

Werden Zuweisungen aufgrund spezieller Förderungsrichtlinien, in denen eine Beteiligung der Kommunalaufsicht vorgesehen ist, an Ausgleichsstockgemeinden gewährt, so ist nach den jeweiligen Richtlinien zu verfahren.

**2.13 Sonstige Fälle**

In allen anderen Fällen wird bei der Bewilligung von Zuweisungen zu Betriebs-, Personal- u. ä. Kosten an Ausgleichsstockgemeinden auf die vorzeitige Einschaltung der Kommunalaufsicht verzichtet; in diesen Fällen ist der Kommunalaufsicht durch Übersendung einer Durchschrift des Bewilligungsbescheides Kenntnis von der Bewilligung zu geben.

**2.2 Übrige Gemeinden**

Bei den Gemeinden (GV) mit in der Regel ausgeglichenem Haushalt bedarf es einer Beteiligung der Kommunalaufsicht bei Zuweisungen zu Betriebs-, Personal- u. ä. Kosten nicht.

3 In den Fällen, in denen die Bewilligung durch staatliche Stellen erfolgt, und bei der Bewilligung von Zuweisungen durch kommunale Stellen an Ausgleichsstockgemeinden ist das Kommunalaufsichtsdezernat des Regierungspräsidenten (Dezernat 31), in allen übrigen Fällen die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde zu beteiligen.

Durch diese Beteiligungen soll gewährleistet werden, daß die Finanzkraft der Gemeinden (GV) nach einheitlichen Maßstäben beurteilt und auf diese Weise bei der Bewilligung von Zuweisungen berücksichtigt wird.

Der RdErl. v. 12. 6. 1970 (SMBL. NW. 6300) wird hiermit aufgehoben.

Im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten und den übrigen Landesministern.

– MBl. NW. 1978 S. 1817.

78141

**Beurkundungen und öffentliche Beglaubigungen bei der Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der ländlichen Siedlung**

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 4. 10. 1978 – III B 2 – 270 – 5190

Mein RdErl. v. 18. 12. 1969 (SMBL. NW. 78141) wird wie folgt geändert:

In Nummer 4 wird das Wort achtzig durch das Wort fünfzig ersetzt.

Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1. März 1978 in Kraft.

– MBl. NW. 1978 S. 1817.

782  
2978

**Flächenerhebung  
nach dem Gesetz über Bodennutzungs-  
und Ernteerhebung**

RdErl. d. Innenministers v. 26. 10. 1978 -  
I D 2 - 8035

Die nach dem Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1978 (BGBl. I S. 1509) durchzuführenden Flächenerhebungen werden bundeseinheitlich auf der Grundlage des von der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland für die automatisierte Führung des Liegenschaftskatasters festgelegten Nutzungsartenverzeichnisses vorgenommen. Die Kreise und kreisfreien Städte als Katasterbehörden erhalten vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW die für die Flächenerhebungen erforderlichen Erfassungsbögen. Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW gibt gleichzeitig die Termine für die Weitergabe (Absatz 3) und die Rückgabe dieser Bögen bekannt.

Soweit das Liegenschaftskataster unter Verwendung der vorbezeichneten Nutzungsarten - siehe Anlage 1 meines RdErl. v. 12. 4. 1977 (n. v.) - I D 2 - 7310 - (SMBI. NW. 71342) - automatisiert geführt wird, stehen die für die Flächenerhebungen erforderlichen Daten mit dem jeweils für das Vorjahr durchgeföhrten Jahresabschluß des Liegenschaftskatasters fast ausschließlich direkt zur Verfügung. In allen anderen Fällen sind die in der Hauptübersicht der Liegenschaften festgestellten Ergebnisse des Jahresabschlusses entsprechend zuzuordnen.

Flächen, für die die Daten nach dem Liegenschaftskataster nicht angegeben werden können, sind von den Gemeinden anhand ihrer Unterlagen oder durch Schätzung zu ermitteln. Die Gemeinden erhalten hierzu von den Kasterrätern zusätzlich die Ergebnisse einer Vorschätzung. Die Vorschätzung ist anhand von Flurkarten, Blättern der Deutschen Grundkarte 1 : 5000, Luftbildern o. ä. vorzunehmen. Die Gemeinden bestimmen die Größe dieser Flächen endgültig.

- MBl. NW. 1978 S. 1818.

7901.

**Vorschrift  
über die jährliche Wirtschaftsplanung  
in den staatlichen Forstbetrieben  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
(WiPla 65)**

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 12. 7. 1978 - IV A 1 / 14-60-00.00

A. Mein RdErl. v. 7. 7. 1965 (SMBI. NW. 7901) wird mit Wirkung vom 1. 10. 1978 wie folgt geändert:

1. In der Überschrift sind die Worte „staatlichen Forstbetrieben“ durch die Worte „unteren Forstbehörden“ zu ersetzen.

2. In der Inhaltsübersicht tritt folgende Änderung ein:

Unter 2.01 muß es heißen  
„Holzeinschlag und Rücken im Staatsforstbetrieb“. Unter 2.02 sind die Worte  
„Rücken von Holz im Staatsforstbetrieb“ zu streichen.

3. In Nummer 1.11 muß die dritte Zeile lauten:

„Holzeinschlag und Rücken im Staatsforstbetrieb“. Die Zeile „Rücken von Holz im Staatsforstbetrieb“ ist zu streichen.

4. In Nummer 1.14 wird der erste Satz wie folgt neu gefaßt:

Die Pläne sind auf den Vordrucken WP 1 (Titel- und Einlageblatt zum „Plan über Holzeinschlag und Rücken“) und WP 2 (Titel- und Einlageblatt zu den übrigen Wirtschaftsplänen) in der Regel mit Durchschriften aufzustellen.

5. In Nummer 1.14 ist der letzte Satz zu streichen.

6. In Nummer 1.15 sind im letzten Absatz die Worte „Werben von Holz“ zu ersetzen durch die Worte „Holzeinschlag und Rücken“.

7. Die Nummer 2.01 wird wie folgt neu gefaßt:

Holzeinschlag und Rücken im Staatsforstbetrieb  
Es sind folgende Abschnitte zu bilden:

- I. Endnutzung
- II. Vornutzung.

Jeder Abschnitt ist nach Forstbetriebsbezirken zu gliedern und aufzurechnen. In jedem Abschnitt ist für jeden Forstbetriebsbezirk eine Position für zufällige Nutzungen (Sammelhiebe) auszubringen. Außerdem ist für jeden Forstbetriebsbezirk eine Position für das Rücken von Holz aus Vorjahren einzurichten.

8. Die Nummer 2.02 ist zu streichen.

9. In Nummer 2.12 ist anzufügen:

V. Sonstige Leistungen (u. a. Ersatzvornahmen, Sperrschilder, Arbeitsbeschaffungsprogramme).

10. Die Nummer 2.121 wird wie folgt neu gefaßt:

Bei den Abschnitten I., III., IV. und für die Arbeitsbeschaffungsprogramme des Abschnittes V. ist je Forstbetriebsbezirk eine Position auszuwerfen.

11. Die Anlagen WP 1 und WP 2 werden durch die beiliegenden Neufassungen

WP 1 T und WP 1 E,  
WP 2 T und WP 2 E

ersetzt.

B. Die Neufassung des Vordruckes WP 1 „Plan über Holzeinschlag und Rücken“ ist, wie bereits durch Erlaß vom 20. 4. 1978 (n. v.) - IV A 1/14-60-00.00 - bestimmt, schon bei der Wirtschaftsplanung für das FWJ. 1979 zu verwenden.

Anlagen  
1 und 2Anlagen  
3 und 4

## Anlage 1

Forstamt: \_\_\_\_\_

FWJ. \_\_\_\_\_

Waldbesitzer: \_\_\_\_\_

**Plan über Holzeinschlag und Rücken****1. Hiebsatz der Forsteinrichtung vom 1. 10. 19..... / EFm o. R.**

	Buchungsgruppen					Zusammen
	Eiche	Buche	Sonst. Laubholz	Kiefer	Fichte	
Endnutzung						
Vornutzung						
Gesamtnutzung						

**2. Ausgeglichener Hiebsatz des laufenden Forstwirtschaftsjahres / EFm o. R.**

	Buchungsgruppen					Zusammen
	Eiche	Buche	Sonst. Laubholz	Kiefer	Fichte	
Endnutzung						
Vornutzung						
Gesamtnutzung						

**3. Einschlagsplanung / EFm o. R.**

	Buchungsgruppen					Zusammen
	Eiche	Buche	Sonst. Laubholz	Kiefer	Fichte	
Endnutzung						
Vornutzung						
Gesamtnutzung						

vom Hundert des ausgeglichenen Hiebsatzes: \_\_\_\_\_ %

**4. Rückeplanung / EFm o. R.**

Unternehmer und landeseigene Arbeitsmaschinen	
Ungerückt	
Zusammen	

Fortsetzung Rückseite!

<b>5. Kostenplanung</b> (Ohne „Sonstige Personalausgaben u. Sozialleistungen“ und ohne Kosten der landeseigenen Arbeitsmaschinen)					Löhne DM	Unternehmer- arbeit DM	Sachkosten DM	Zusammen DM
1. Holzeinschlag	Fm	zu	DM					
2. Rücken	Fm	zu	DM					
3. Sonstige Kosten								
3.1 Maschinen und Geräte (ohne Arbeitsmaschinen mit eigener Buchführung)								
Zur Beschaffung sind vorgesehen:								
3.2 Verschiedene Holzeinschlagskosten								
Zusammen:								

		Einschlag Waldarb. und Unternehmer (Sp. 16 – 18)					Selbstwerber (Spalte 19)					Erlöse Insgesamt
		Langholz	Industrie- holz lang, Stangen	Schicht- holz	Erlös je Fm	zusammen	Langholz	Industrie- holz lang, Stangen	Schicht- holz	Erlös je Fm	zusammen	
		EFm	EFm	EFm	DM	DM	EFm	EFm	EFm	DM	DM	DM
Ei.												
Bu.												
So.Lh.												
Kie.												
Fl.												
Zus.												

Plan aufgestellt am \_\_\_\_\_

Rechnerisch richtig:

(Unterschrift)

(Unterschrift)

16	17	18	19	20		21	22	23	24
<b>Holzeinschlag</b>						<b>Rücken</b>			<b>Holzeinschlag u. Rücken</b>
Walddarbeiter d. Landes ohne Arb.-Maschine	mit Arb.-Maschine	Unternehmer	Selbstwerber	Geschätzte Kosten je Fm*)		Unternehmer	Landeseigene Arb.-Maschine	Geschätzte Kosten je Fm*)	Summe Spalten 20 u. 23*)
<b>Erntefestmeter ohne Rinde</b>					DM Pf	<b>EFm. o. R.</b>			DM Pf
1									
2									
3									
4									
5									
6									
7									
8									
9									
10									
11									
12									
13									
14									
15									
16									
17									
18									
19									
20									
21									
22									
23									
24									
25									
26									
27									
28									
29									
30									
31									
32									
33									
34									
35									

\*) Die Kosten für einen Festmeter sind an Hand von Erfahrungszahlen einschl. „Sonstige Personalausgaben und Sozialleistungen“ zu schätzen. Als „Sonstige Personalausgaben und Sozialleistungen“ ist der jeweilige Durchschnittssatz des Forstamtes anzusetzen. Die Daten in den Spalten 20, 23 und 24 sind nicht zu addieren.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Plan-Nr. Kostenstelle	Forstbetriebsbezirk	Hiebort				Holzeinschlagsplanung nach Buchungsgruppen								
		Abt.	Größe U.-Abt.	Baumart	Alter	Hiebsart*)	Hiebsfläche ha	Je ha	Zusammen	Eiche	Buche	Sonst. Laubholz	Kiefer	Fichte
1														
2														
3														
4														
5														
6														
7														
8														
9														
10														
11														
12														
13														
14														
15														
16														
17														
18														
19														
20														
21														
22														
23														
24														
25														
26														
27														
28														
29														
30														
31														
32														
33														
34														
35														

\*) Kurzformen der Hiebsarten:

L Ä Läuterungsstadium  
 L S = Selektive Läuterung  
 L R = Reihenentnahme  
 L R S = Reihenentnahme und selektive Läuterung

Durchforstungsstadium  
 D N = Niederdurchforstung  
 D H = Hochdurchforstung  
 D A = Auslesedurchforstung  
 D B = Bestandeserschließung durch Reihenentnahme  
 D B N = Bestandeserschließung und Niederdurchforstung  
 D B H = Bestandeserschließung und Hochdurchforstung  
 D B A = Bestandeserschließung und Auslesedurchforstung

Erntehiebstadium  
 E S V = Schirmschlag – Vorbereitungshieb  
 E S L = Schirmschlag – Lichtungshieb  
 E S R = Schirmschlag – Räumung  
 E F = Pernahieb  
 E P = Pernierhieb  
 E M V = Saunhieb – Vorbereitungshieb  
 E M L = Saunhieb – Lichtungshieb  
 E M R = Saunhieb – Räumung  
 E L = Loshieb  
 E A = Abtrieb

Sonstige Hiebe  
 S K = Kalamitätshieb  
 S F K = Folgehieb nach Kalamität  
 S S = Sonstiges

Forstamt: \_\_\_\_\_

FWJ: \_\_\_\_\_

Waldbesitzer: \_\_\_\_\_

**Plan über Wirtschaftsmaßnahmen der Landesforstverwaltung;**

hier: \_\_\_\_\_  
(Zweckbestimmung des jeweiligen Abschnittes der Titelgruppe 7)

Plan aufgestellt am \_\_\_\_\_

Rechnerisch richtig:

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

Arbeitsvermerke:

Der Nachweis über \_\_\_\_\_  
schließt mit einer Gesamtausgabe von \_\_\_\_\_ DM \_\_\_\_\_ Pf.  
in Buchstaben: \_\_\_\_\_ ab.

\_\_\_\_\_, den 19 \_\_\_\_

Forstamt \_\_\_\_\_

(Unterschrift)

An den  
Direktor der Landwirtschaftskammer \_\_\_\_\_ als Landesbeauftragten  
– Höhere Forstbehörde – in \_\_\_\_\_  
mit der Bitte, den Nachweis zu prüfen.

Es sind beigefügt:

\_\_\_\_\_, den 19 \_\_\_\_

Forstamt \_\_\_\_\_

(Unterschrift)

An das  
Forstamt \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_  
mit sämtlichen Unterlagen zurückgesandt.  
Es haben sich – keine – die in der Verfügung vom \_\_\_\_\_ 19 \_\_\_\_ Az. \_\_\_\_\_  
genannten Beanstandungen ergeben.

Forstfachlich und forstbetriebswirtschaftlich geprüft:

Rechnerisch und förmlich geprüft:

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

\_\_\_\_\_  
(Fachprüfer)

\_\_\_\_\_, den 19 \_\_\_\_

Der Direktor der Landwirtschaftskammer \_\_\_\_\_  
als Landesbeauftragter – Höhere Forstbehörde –

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

Anlage 4

<sup>\*)</sup> Ohne „Sonstige Personalausgaben und Sozialeistungen“ und ohne „Kosten der landeseigenen Arbeitsmaschinen“.

79010

**Wegstreckenpauschvergütung  
für Forstbeamte der unteren Forstbehörden  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 30. 10. 1978 – IV A 1 / 13-36-00.03

Mein RdErl. v. 18. 12. 1975 (SMBI. NW. 7901 0) wird im Einvernehmen mit dem Finanzminister mit Wirkung vom 1. 11. 1978 wie folgt geändert:

1. Die Nummer 2 erhält folgende Fassung:  
*Wegstreckenpauschvergütung für Forstamtsleiter, Forstamtsdezernenten und Funktionsbeamte*
2. Als neue Nummer 2.3 ist einzufügen:  
*An den Funktionsbeamten wird die Wegstreckenpauschvergütung nur dann gezahlt, wenn der Beamte ausschließlich im Bereich seines Heimatforstamtes tätig ist.*
3. Die Überschrift der Anlage 2 wird wie folgt ergänzt:  
*Wegstreckenpauschvergütung  
für Forstamtsdezernenten<sup>1)</sup>  
Funktionsbeamte*
4. Auf den Rückseiten der Anlagen 1 bis 3 sind die Worte „Sachlich richtig und festgestellt“ zu ersetzen durch die Worte „Sachlich und rechnerisch richtig“.

– MBl. NW. 1978 S. 1827.

**II.**

**Personalveränderungen**

**Ministerpräsident**

Es sind ernannt worden:

Oberregierungsrat E. Krüssel  
zum Regierungsdirektor

Oberregierungsrat Dr. H. Möller  
zum Regierungsdirektor

– MBl. NW. 1978 S. 1827.

**Innenminister**

**Nachgeordnete Behörden und Einrichtungen**

Es sind ernannt worden:

**Regierungspräsident – Arnsberg –**

Polizeirat E.-D. Standop zum Polizeioberrat

**Polizeipräsident – Dortmund –**

Polizeirat U. Dugas zum Polizeioberrat

**Polizeidirektor – Hagen –**

Polizeirat W. Geck zum Polizeioberrat

**Regierungspräsident – Detmold –**

Polizeirat W. Schilling zum Polizeioberrat

**Polizeipräsident – Düsseldorf –**

Polizeirat U.-W. Steinke zum Polizeioberrat  
Assessor im Kriminaldienst E. Dahle zum Kriminalrat

**Polizeipräsident – Duisburg –**

Polizeioberrat W. Antkowiak zum Schutzpolizeidirektor

**Polizeipräsident – Essen –**

Polizeirat V. Deckert zum Polizeioberrat

**Polizeipräsident – Wuppertal –**

Polizeirat H. Zantow zum Polizeioberrat

**Polizeidirektor – Krefeld –**

Polizeirat P. Bußmann zum Polizeioberrat

**Polizeidirektor – Oberhausen –**

Polizeirat H. Kellermann zum Polizeioberrat

**Polizeipräsident – Köln –**

Polizeiräte

W. Granitzka und

K. H. Kleimann

zu Polizeioberräten

Assessor im Kriminaldienst W. Sommer zum Kriminalrat

**Polizeipräsident – Gelsenkirchen –**

Kriminaldirektor P. Quambusch zum Leitenden Kriminaldirektor

Polizeirat G. Möllers zum Polizeioberrat

**Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen**

**– Abteilung I –, Selm**

Polizeirat J. Goldberg zum Polizeioberrat

**Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen**

**– Abteilung II –, Bochum**

Polizeirat L. Resch zum Polizeioberrat

**Fernmeldedienst der Polizei Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf**

Polizeirat R. Dörr zum Polizeioberrat

**Höhere Landespolizeischule „Carl Severing“**

Polizeioberrat H. L. Leding zum Schutzpolizeidirektor

**Es ist in den Ruhestand getreten:**

**Oberkreisdirektor als Kreispolizeibehörde – Düren –**  
Schutzpolizeidirektor F. Jott

– MBl. NW. 1978 S. 1827.

**Finanzminister**

**Ministerium**

Es sind ernannt worden:

Regierungsdirektor H.-D. Lewer zum Ministerialrat

Oberregierungsbaurat H.-D. Rumpf zum Regierungsbaurat

**Es ist in den Ruhestand getreten:**

Ministerialrat H. Kirschbaum

**Nachgeordnete Dienststellen**

Es sind ernannt worden:

**Oberfinanzdirektion Düsseldorf**

Regierungsrat U. Müting zum Oberregierungsrat

**Oberfinanzdirektion Münster**

Regierungsrat Dr. K. Notthoff zum Oberregierungsrat

Regierungsbaurat A.-D. Schneider zum Oberregierungsbaurat

**Konzernbetriebsprüfungsstelle Münster**

Oberregierungsrat W. Könemann zum Regierungsdirektor bei der Oberfinanzdirektion Münster

**Finanzamt Düsseldorf-Altstadt**

**Regierungsrat R. Ginsberg zum Oberregierungsrat**  
**Regierungsrat z. A. H. J. Erwig zum Regierungsrat**  
**Regierungsrat z. A. M. Roessing zum Regierungsrat**

**Finanzamt Düsseldorf-Velbert**

**Regierungsrat H.-W. Vohwinkel, abgeordnet an das Finanzgericht Düsseldorf, zum Oberregierungsrat**

**Finanzamt Duisburg-Süd**

**Regierungsrat z. A. H. Rüsing zum Regierungsrat**

**Finanzamt Essen-Süd**

**Regierungsrat z. A. J. Hegmann zum Regierungsrat**

**Finanzamt Wuppertal-Barmen**

**Regierungsrat z. A. H. Zdralek zum Regierungsrat**

**Finanzamt Bergheim**

**Regierungsrat K. G. Muth zum Oberregierungsrat**

**Finanzamt Bonn-Innenstadt**

**Regierungsrat z. A. R. Doll zum Regierungsrat**

**Finanzamt Köln-Süd**

**Regierungsrätin M. Eggeling zur Oberregierungsrätin**

**Finanzamt Dortmund-Ost**

**Regierungsrat z. A. C. Frerich zum Regierungsrat**

**Finanzamt Lippstadt**

**Obersteuerrat H. Frielinghaus zum Regierungsrat**

**Finanzamt Schwelm**

**Regierungsrat z. A. F.-J. Mengeringhaus zum Regierungsrat**

**Finanzamt Wiedenbrück**

**Regierungsrat z. A. B. Northoff zum Regierungsrat**

**Finanzbauamt Münster-Ost**

**Regierungsbaurat z. A. J. Anger zum Regierungsbaurat**

**Finanzbauamt Münster-West**

**Regierungsbaurat z. A. B. K. Hinken zum Regierungsbaurat**

**Landesfinanzschule NW, Haan**

**Regierungsrat A. Wolf zum Oberregierungsrat**

**Fachhochschule für Finanzen, Nordkirchen**

**Oberregierungsrat H. Stoppkotte zum Regierungsdirektor**

**Staatshochbauamt für die Universität Bochum**

**Regierungsbaurat G. Wilke zum Oberregierungsbaurat**

**Regierungspräsident Düsseldorf**

**Regierungsbaurat G. Wolf zum Oberregierungsbaurat**

**Staatshochbauamt Düsseldorf**

**Regierungsbaurat z. A. B. Christoffel zum Regierungsbaurat**

**Staatshochbauamt Mönchengladbach**

**Regierungsbauberamtsrat G. Peter zum Regierungsbaurat**

**Regierungspräsident Köln**

**Regierungsbauberamtsrat W. Mockel zum Regierungsbaurat**

**Es sind versetzt worden:**

**Oberfinanzdirektion Düsseldorf**

**Regierungsdirektor H.-J. Liptau an die Steuerfahndungsstelle Essen**

**Steuerfahndungsstelle Essen**

**Regierungsdirektor W. P. van Endert an die Oberfinanzdirektion Düsseldorf**

**Oberfinanzdirektion Münster**

**Regierungsdirektor H. Block an das Finanzamt Dortmund-Ost**

**Großbetriebsprüfungsstelle Münster**

**Oberregierungsrat Dr. N. Stecher an die Konzernbetriebsprüfungsstelle Münster**

**Finanzamt Düsseldorf-Süd**

**Oberregierungsrätin B. Claus an das Finanzamt Düsseldorf-Mitte**

**Finanzamt Duisburg-Hamborn**

**Oberregierungsrat H. Kirchheim an die Stadt Essen**

**Finanzamt Kempen**

**Oberregierungsrat K. Schmolke an das Finanzamt Neuss**

**Finanzamt Krefeld**

**Oberregierungsrat Dr. K. L. Plumeyer an das Finanzamt Kempen**

**Finanzamt Moers**

**Regierungsrat H. B. Jansen an das Finanzamt Krefeld**

**Finanzamt Mülheim/Ruhr**

**Oberregierungsrat H.-F. Hörr an das Finanzamt Duisburg-Hamborn**

**Finanzamt Bochum**

**Oberregierungsrat G. Geimer an das Finanzamt Witten**

**Finanzamt Dortmund-Ost**

**Regierungsdirektor E. Scheidemantel an das Finanzamt Altena**

**Finanzamt Gelsenkirchen-Nord**

**Oberregierungsrat M. Eichelbaum an das Finanzgericht Münster**

**Finanzamt Minden**

**Regierungsrätin M. Zillmann an die Oberfinanzdirektion Münster**

**Finanzamt Recklinghausen**

**Regierungsdirektor R. Uhlenbruch an das Finanzamt Ibbenbüren**

**Finanzbauamt Soest**

**Oberregierungsbaurat I. Scherb an das Finanzbauamt Dortmund**

**Staatshochbauamt Düsseldorf**

**Oberregierungsbaurat E. Utrobicic zum Regierungspräsidenten Düsseldorf**

**Staatshochbauamt für die Universität Düsseldorf**

**Regierungsbaurat W. Reinhard zum Regierungspräsidenten Düsseldorf**

**Es sind in den Ruhestand getreten:**

**Finanzamt Bottrop**

**Regierungsrat J. Finkenbrink**

**Finanzamt Lippstadt**

**Oberregierungsrat E. Hartmann**

**Es ist verstorben:**

**Großbetriebsprüfungsstelle Solingen**

**Oberregierungsrat W. Schmidt**

– MBl. NW. 1978 S. 1827.

werden demnach ab 1. Januar 1979 entfallen. Den auf Grund meines Runderlasses vom 8. 6. 1978 zu leistenden Abschlagszahlungen ist deshalb zur Vermeidung von Überzahlungen für die Zeit ab 1. Januar 1979 die als Anlage beigelegte Ortszuschlagstabelle zugrunde zu legen.

Anlage

2. Soweit durch die ab 1. März 1978 gewährten zusätzlichen Erhöhungsbeträge eine Verminderung oder ein Wegfall von Ausgleichszulagen eingetreten ist (vgl. Nr. 2.164 meines RdErl. v. 8. 6. 1978), ist davon auszugehen, daß der Wegfall der zusätzlichen Erhöhungsbeträge nicht eine Neuberechnung der Ausgleichszulagen erfordert.

3. Die Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamVG werden ab 1. Januar 1979 betragen

für 1 Kind	88,97 DM
für 2 Kinder	174,— DM
für 3 Kinder	213,45 DM
für 4 Kinder	288,22 DM
für 5 Kinder	362,99 DM
für 6 Kinder	456,12 DM.

Bei mehr als 6 Kindern wird sich der Unterschiedsbetrag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 93,13 DM erhöhen.

4. Der Bundesrat hat am 27. Oktober 1978 dem vom Bundestag am 20. Oktober 1978 verabschiedeten Achten Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes zugestimmt. Danach wird mit Wirkung vom 1. Januar 1979 das Kindergeld für das dritte und jedes weitere Kind von 150,— DM auf 195,— DM erhöht. Die Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind von 80,— DM auf 100,— DM wird dagegen erst am 1. Januar 1980 in Kraft treten.

Ich bitte sicherzustellen, daß das erhöhte Kindergeld für das dritte und die weiteren Kinder bereits mit den Bezügen für Januar 1979 gezahlt wird.

5. Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

**Finanzminister**

**Abschlagszahlung**

**auf die zu erwartende allgemeine Erhöhung  
der Dienst- und Versorgungsbezüge, Erhöhung  
des Kindergeldes**

RdErl. d. Finanzministers v. 13. 11. 1978 –  
B 2100 – 53 – / B 2106 – 1.1 – IV A 2

In Ergänzung zu meinen Runderlassen v. 8. 6. 1978 (MBL. NW. S. 898) und v. 2. 8. 1978 (MBL. NW. S. 1344) weise ich auf folgendes hin:

1. Nach dem bisherigen Stand der parlamentarischen Beratungen über den Entwurf eines Siebenten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes (vgl. Beschußempfehlung und Bericht des Innenausschusses des Deutschen Bundestages – Drucksache 8/2240 –) soll mit Wirkung vom 1. Januar 1979 für Beamte, Richter und Versorgungsempfänger eine Ortszuschlagstabelle gelten, die in allen Stufen und Tarifklassen gegenüber der Ortszuschlagstabelle des Sechsten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes vom 15. November 1977 eine Erhöhung der Ortszuschläge um 4,5 v.H. enthält. Die zusätzlichen Erhöhungsbeträge für das dritte und jedes weitere Kind

Anlage

Ortszuschlag ab 1. Januar 1979  
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I a	B 3 bis B 11 R 3 bis R 10 H 5	651,87	755,85	844,82	929,85	969,30	1044,07	1118,84	1211,97
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 R 1 und R 2 H 1 bis H 4	549,91	653,89	742,86	827,89	867,34	942,11	1016,88	1110,01
I c	A 9 bis A 12	488,72	592,70	681,67	766,70	806,15	880,92	955,69	1048,82
II	A 1 bis A 8	460,37	559,41	648,38	733,41	772,86	847,63	922,40	1015,53

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 93,13 DM.

- MBL NW 1978 S. 1829.

**Einzelpreis dieser Nummer 3,20 DM**

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf, Tel. 68 88 293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf, vorzunehmen, um späteren Liefer Schwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf; Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 29,50 DM, Ausgabe B 31,- DM.  
Die genannten Preise enthalten 6% Mehrwertsteuer.